

Christina Buchheim  
WK 22 – Die Linke.

- 1) Ja, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Zweckentfremdung zu beenden, Schülerverkehre aus Landesmitteln zu finanzieren und die Regionalisierungsmittel vollumfänglich dem SPNV zugutekommen zu lassen.
- 2) Ja, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein.
- 3) DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine faire Regulierung der Schieneninfrastruktur ein, welche die Bahn stärker als bisher am Allgemeinwohl ausrichtet. Es darf nicht darum gehen, Gewinne aus dem Netz zu ziehen, die zulasten der Infrastruktur, der Bahnen, der dortigen Angestellten und letztlich der Fahrgäste gehen. Insbesondere die Kalkulation der Trassenpreise muss transparenter werden, ihr Anstieg darf die Dynamisierung der Regionalisierungsmittel nicht übersteigen. Je höher die Trassenpreise steigen und je weniger Regionalisierungsmittel das Land vom Bund erhält, desto weniger Regionalverkehr kann bestellt werden. Eine daraus resultierende Gefährdung guter, tarifgebundener Arbeitsplätze wollen wir verhindern.
- 4) Ja, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Mittel für den Regionalverkehr auf ihrem jetzigen Niveau zu sichern und bedarfsgerecht zu dynamisieren. Die vorliegende Fassung für die Revision des Regionalisierungsgesetzes schichtet 4 Milliarden Euro vom Osten in den Westen um. Eine Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse rückt damit in weite Ferne. DIE LINKE setzt sich für eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel ein und will mit Hilfe einer aktiven Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung eine Strategie der kurzen Wege etablieren. Eine umweltgerechte und barrierefreie Mobilität für alle steht dabei im Zentrum. Wir brauchen mehr Geld für den Regionalverkehr der Eisenbahnen und S-Bahnen, weil wir das Angebot im Schienenpersonennahverkehr ohne Lohndumping ausweiten wollen. Transparenz in der Mittelverwendung muss sicherstellen, dass die Gelder wirklich der Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs zu Gute kommen.
- 5) Ja. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist für die verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Das Land kann mit entsprechenden Vorgaben für Raumordnungsverfahren Einfluss nehmen. Die Bevorzugung der Straße bei Erschließungsmaßnahmen ist weder sachorientiert noch langfristig kostengerecht. Neben einem zu begrenzenden Verbrauch an land- und forstwirtschaftlichen Flächen ist die Nutzung vorhandener Altflächen durch ein gezieltes Management unter Verwendung eines zu erstellenden Katasters für Industriebrachen hilfreich, zumal es dort häufig bisher noch stillgelegte Altanbindungen an das Schienennetz gibt. Die Auflassung von (Güter-) Bahnhöfen und Verladestationen in der Fläche erschwert Einzelwagenabfertigungen und verlagert (z.B. via Schenker-Logistics) Bahnfrachtgut letztlich auf die Straße. Der bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise

lange Jahre scheinbar unaufhaltsam gewachsene Straßengüterverkehr stellt die Verkehrspolitik angesichts des Klimawandels vor große Herausforderungen. Deswegen gilt die Maxime „Mehr Verkehr auf die Schiene“ vor allem für den Güterverkehr. Um das zu erreichen, muss der Ausbau des Schienennetzes vorangetrieben werden, insbesondere in Bezug auf den Zulaufverkehr der Knotenbahnhöfe. DIE LINKE will das Gleisanschlussförderprogramm über den August 2016 hinaus verlängern und die Förderkriterien so anpassen, dass die Nachfrage deutlich steigt. Auf Einzelwagenverkehr zu verzichten und diesen anderen Unternehmen zu überlassen, halten wir für falsch.

- 6) Ja, die Schieneninfrastruktur ist unverzichtbarer Bestandteil für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge und für die wirtschaftliche Entwicklung im Flächenland Sachsen-Anhalt. Langfristige Planungssicherheit ist nicht nur wegen langfristig wirkender Standortentscheidungen, sondern auch für den erforderlichen Zeitvorlauf bei der Instandhaltung unumgänglich. DIE LINKE will die Gelder für Investitionen in den Neu- und Ausbau von Schienenwegen nicht nur verstetigen, sondern sie deutlich erhöhen. Nur wenn das Gleisnetz ausgebaut wird, kann die Schiene mehr Verkehr aufnehmen. Mehr Verkehr auf der Schiene ist das verkehrspolitische Ziel der Partei DIE LINKE.
- 7) Ja. Jedes schienengebundene Fahrzeug muss ein Entgelt für die Nutzung der Infrastruktur bezahlen. Es wird höchste Zeit, dass der straßengebundenen Personen- und Güterverkehr hier nachzieht, damit die eklatanten Wettbewerbsungleichheiten reduziert werden. Die zusätzlichen Einnahmen sollten den Ländern zur Aufstockung der Regionalisierungsmittel zur Verfügung gestellt werden.
- 8) Ja, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird dafür eintreten, indem wir für uns eine entsprechende Überarbeitung des Vergabegesetzes und dessen konsequente Ausführung einsetzen.
- 9) Ja, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen.
- 10) Neben den auch hier zutreffenden Antworten auf die Fragen 3 und 4, wollen wir dem Parlament wieder mehr Einfluss bei Entscheidungen über den Nahverkehr geben. Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen eine Aufwertung erfahren gegenüber den bisher leitenden finanziellen und planerischen Gesichtspunkten der Verwaltung bei Vergabe- und Bestellentscheidungen. Die Schaffung eines Beirates bei der NASA mit Vertretern aller im Landtag vertretenen Parteien im Januar 2016 war ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg.
- 11) DIE LINKE. Sachsen-Anhalt lehnt die Zulassung von Gigalinern ab. Mit den Lang-LKWs wird noch mehr Verkehr von der Schiene auf die Straße verlagert – entgegen jeder klima-, energie- und verkehrspolitischen Vernunft. Mit mehr Gigalinern auf unseren Straßen steigt der Verschleiß, sowie die Stau- und Unfallgefahr.

12) Ja, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt teilt diese Ansicht. Orientiert an den Durchschnittswerten haben Frauen heutzutage erst Ende März des laufenden Jahres das Einkommen erreicht, was die Männer zum Ende des vorherigen Jahres bereits in der Tasche hatten. DIE LINKE hat sich in ihrem Wahlprogramm in Abkehr vom Niedriglohnimage Sachsen-Anhalts auf die Neudefinition des Normalarbeitsverhältnisses wie folgt verständigt: „unbefristet, gut bezahlt, gleich verteilt zwischen den Geschlechtern, mit Mitbestimmung und Beteiligungsrechten am Produktionsprozess versehen, flexibel für Beschäftigte, nicht nur für die Unternehmen.“ Neben unserer grundlegenden Prämisse, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen, treten wir für eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung ein, die für Frauen und für Männer eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht sowie auf eine gerechtere Verteilung aller Arbeitsbereiche abzielt. Da der Staat nach unserem Verständnis immer mit gutem Beispiel vorangehen muss, will DIE LINKE ein Vergabegesetz, nach dem öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die Lohndumping generell ausschließen und sich an wichtige soziale Standards halten. Ähnliches gilt für die Vergabe von Fördermitteln des Landes. Hier lassen sich die Kriterien der Fördervoraussetzung im Kontext der Geschlechtergerechtigkeit noch präziser, umfangreicher und anspruchsvoller definieren. Außerdem muss das Problem der unfreiwilligen Teilzeit von Frauen angegangen werden. Die Gründe sind hier vielfältig: unzureichend flexible Kitazeiten, spezifische Frauenarbeitsplätze werden häufig nur in Teilzeit angeboten, Familienpflegezeiten werden aufgrund des niedrigeren Einkommens weiterhin zumeist von Frauen getragen, usw. Entsprechend vielfältig müssen die Maßnahmen sein. In einigen Bereichen, wie etwa einen angemessenen staatlichen Ausgleich für die Pflege von Angehörigen, gilt es auch auf Bundesebene tätig zu werden.

13) Momentan erleben wir vor allem einen punktuellen und keinen strukturellen Fachkräftemangel. Wir haben einen Fachkräftemangel im technischen Bereich, bei der Unternehmensnachfolge aber vor allem in Bereichen mit unattraktiven Lohnerwartungen und Arbeitsbedingungen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat die letzten Jahre immer wieder die Niedriglohnstrategie der Landesregierung kritisiert. Diese hat dem Image des Landes vor allem bei jungen Fachkräften geschadet, die daraufhin zu häufig das Land verlassen haben. Deshalb fordert DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ein neues Verständnis von Wirtschaftsförderung und einen neuen ressortübergreifenden Ansatz weg von der Unternehmensförderung hin zur nachhaltigen Standortentwicklung. Um Sachsen-Anhalt voranzubringen, brauchen wir in erster Linie kreative Köpfe. Diesen müssen wir hier in Sachsen-Anhalt eine Perspektive geben. Zur Standortentwicklung gehört für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt damit auch, Fachkräften wie allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Wohn- und Arbeitsumfeld zu bieten, indem wir Kultur- und Freizeit-, Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten erhalten, weiter ausbauen und attraktiv gestalten. Vor allem wollen wir die Sozialpartnerschaft stärken und gemeinsam mit Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretern, sowie mit der Arbeitgeberseite in einen Dialog kommen und gemeinsam die Tarifbindung im Land vorantreiben. Denn attraktive Löhne und

Arbeitsbedingungen sind für uns grundsätzliche Strategie zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Des Weiteren will Die Linke, die Qualität der beruflichen Ausbildung ins Zentrum der Aufmerksamkeit setzen. Gerade dort, wo die Zahl der offenen Lehrstellen die der Bewerbungen übersteigt, muss die Frage nach guter Ausbildung, guten Arbeits- und Lernbedingungen sowie angemessener Vergütung gestellt werden. Nach wie vor bilden in Sachsen-Anhalt zu wenige Betriebe aus. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass mit den Möglichkeiten des Landes Anreize für mehr und bessere Ausbildungsplätze geschaffen werden. Mit der Förderung von praxis-, problem- und kompetenzorientiertem Lernen an den allgemeinbildenden Schulen soll die Vorbereitung der Jugendlichen auf eine berufliche Qualifikation verbessert werden.

14) Die demografische Entwicklung kann nach unserer Auffassung nicht kurzfristig durch politische Entscheidungen grundlegend geändert werden. Diese Entwicklung wird stark durch langfristig wirkende Faktoren bestimmt. Gleichwohl müssen wir die demografische Entwicklung als eine wichtige Rahmenbedingung für politisches Handeln verstehen. Die Fragen des Fachkräftenachwuchses und der Gewinnung von jungen Leuten für Sachsen-Anhalt sind dabei nur ein Aspekt. Die erfreulich wachsende Zahl älterer Bürgerinnen und Bürger darf nicht nur als Betreuungs- und Pflegebedarf wahrgenommen werden, vielmehr sind diese Bürgerinnen und Bürger engagierte gesellschaftliche Akteure mit einem hohen sozialen Potential und spezifischen Bedürfnissen. Fragen der umfassenden Barrierefreiheit und der Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung erlangen auch unter diesem Aspekt besondere Bedeutung. Der Zuzug von Menschen aus Krisengebieten ist einer der jüngeren Faktoren, der erheblichen Einfluss auf die demografische Entwicklung haben kann und wird, wenn wir den Zuzug eines jeden einzelnen Menschen, der langfristig hier bleiben möchte, als Bereicherung und Potential für unser Bundesland wahrnehmen. Die Landespolitik muss die entscheidenden Weichen stellen, um diese Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft zu integrieren, statt sie an ihren Rand zu drängen – sei es bei der Wohnsituation, der Qualifikation oder dem Lohngefüge. Eine erfolgreiche Integration kostet kurzfristig viel Kraft und Geld. Langfristig jedoch kann sie die Sozialsysteme entlasten und insbesondere in Flächenländern wie Sachsen-Anhalt zur Sicherung der Strukturen der Daseinsvorsorge beitragen. Ein weiteres Aufgabenfeld ist die Landesentwicklung. Der in einigen Bereichen deutlich abnehmenden Besiedlungsdichte muss sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar entsprochen werden. Wir wollen durch ein ausgewogenes Netz von Mittelzentren und regionalen Versorgungsräumen gewährleisten, dass in allen Teilen des Landes wichtige Angebote der Daseinsvorsorge und des Governments zugänglich bleiben. Dafür muss auch das Nahverkehrssystem bedarfsgerecht ausgestaltet werden und bleiben. Die Aufzählung der Politikbereiche, in denen der demografischen Entwicklung aus unserer Sicht in besonderer Weise entsprochen werden muss, kann hier nicht vollständig sein.

15) DIE LINKE. Sachsen-Anhalt begrüßt diese Forderung. In einer älter werdenden Gesellschaft erheben Seniorinnen und Senioren zu Recht Anspruch auf stärkere Teilhabe.

Sie wollen auch in dieser Lebensphase nach ihrer Lebenserfahrung und Kompetenz gefragt werden. Ihr Rat und ihr Engagement sind ein Gewinn, den wir für das Gemeinwesen stärker nutzbar machen wollen. Wir wollen die Mitwirkungsrechte von Seniorinnen und Senioren konkreter ausgestalten. Dazu wollen wir ein Seniorinnenmitwirkungsgesetz auf den Weg bringen, das die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Seniorinnen und Senioren auf der Landesebene regelt.

- 16) Die Antwort der LINKEN auf Fremdenfeindlichkeit lautet: gute Sozialpolitik, Solidarität und Menschlichkeit. Ein Großteil der Fremdenfeindlichkeit speist sich aus existenzieller Unsicherheit, Abstiegsangst und Unkenntnis. Eine gute Sozialpolitik zielt daher auf existenzielle Absicherung eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin, auf die Möglichkeit zur Teilhabe an unserer Gesellschaft, unabhängig vom Geldbeutel. Angst vor sozialem Abstieg führt zu Sorgen, Frustration und Argwohn gegenüber jedem, der auf ein Stück vom gleichen Kuchen hofft, welcher aus dem eigenen Blickwinkel immer kleiner zu werden scheint. Gute Sozialpolitik schafft daher einen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft, welcher den sozialen Frieden erhält und ihre inneren Bindekräfte stärkt. Nur eine solche solidarische Gesellschaft schafft es, unabhängig von volkswirtschaftlichen Kennzahlen und Ziffern, Menschlichkeit denen gegenüber zu zeigen kann, die sich vor Krieg und Elend zu uns retten. Gute Sozialpolitik zielt darüber hinaus auf gute Bildung, die Austausch ermöglicht, zur Differenzierung befähigt und Vorurteile abbaut. Die Schicksale der Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten dürfen nicht pauschaliert werden. Es sind nicht „die Syrer“, „die Afghanen“, „die Kriegsflüchtlinge“ oder „die Wirtschaftsflüchtlinge“. Eine Verallgemeinerung zahlreicher Menschen und ihrer individuellen Schicksale führt zwangsläufig zur Entmenschlichung der Debatte, der Politik und bildet den Nährboden für Fremdenfeindlichkeit. Für DIE LINKE steht daher fest: Der einzelne Mensch muss im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Seine Geschichte, seine Fähigkeiten, seine Potentiale und seine Würde als Mensch müssen Richtschnur unserer Politik und Handlungen sein.